

# Politik als Element eines euro-mediterranen Wissensraums – Vorläufige Überlegungen

*Beitrag von Prof. Dr. Kurt-Jürgen Maaß, Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen,  
zur Gründungskonferenz der Stiftung Wissensraum Europa-Mittelmeer am 25. Oktober 2010  
in der Bibliothèque Nationale in Rabat/Marokko*

„Das Wort **Politik**“, so lesen wir in Wikipedia, „bezeichnet die Angelegenheiten, die die Einrichtung und Steuerung von Staat und Gesellschaft im Ganzen betreffen. Es umfasst dabei alle Aufgaben, Fragen und Probleme, die den Aufbau, den Erhalt sowie die Veränderung und Weiterentwicklung der öffentlichen und gesellschaftlichen Ordnung anbelangen.“ Politik kann viele Aufgaben haben: Macht zu sichern, aber auch zu beschränken, den Staat zu ermöglichen und zu legitimieren, die Führung menschlicher Gruppen zu ordnen und zu vollziehen (Bergstraesser), aber auch den Frieden in einer Gemeinschaft zu sichern, Konflikte zu lösen, Freiheit zu gewährleisten. Der Politikbegriff hat selbst schon eine lange Geschichte, und ohne sich auf eine der entwickelten Hauptkategorien festlegen zu müssen, kann man drei Dimensionen unterscheiden, die die begriffliche Klärung und Unterscheidung der komplexen Wirklichkeit ermöglichen und für die sich die englischen Bezeichnungen *Polity*, *Policy* und *Politics* herausgebildet haben. Dabei wird *Polity* institutionell verstanden: welche Institutionen prägen ein politisches System, und welche Handlungsspielräume ergeben sich daraus? Welche politische Kultur hat sich daraus entwickelt? In der *Policy* geht es um Normen und Inhalte einer Politik, um Werte und Interessen, um Orientierung. In *Politics* geht es um Prozesse, also die Regierungskunst im weitesten Sinne: wie läuft Willensbildung und Politikdurchsetzung auf formeller wie auch auf informeller Ebene ab? Wie wird – in demokratischen wie in autoritären Systemen – Zustimmung erreicht?

Aufgabe der **Politikwissenschaft** ist eine Beschreibung und kritische Analyse des politischen Lebens in einem Land (also aller menschlichen Bereiche Gesellschaft, Wirtschaft, Staat) wie auch in der internationalen Zusammenarbeit. Die Analyse kann sich auf Institutionen, Personen, aber auch auf Themen und Entwicklungen beziehen. Sie muss sich einerseits abgrenzen von anderen geisteswissenschaftlichen Disziplinen wie Geschichtswissenschaft, Soziologie, Rechtswissenschaften oder Philosophie, andererseits aber in ihrer Arbeit viele Erkenntnisse aus den Nachbarfächern mit integrieren. Sie muss gemeinsam oder allein ordnende Begriffe schaffen und sich auf Maßstäbe und Methoden der Analyse verständigen. Sie muss im internationalen Miteinander verschiedener

Nationen, Rechtsordnungen, Regierungsformen und Ideologien die Funktionen und Systeme untersuchen, die Umsetzung beobachten und praktische Ergebnisse analysieren. Dabei können sich Politikwissenschaftler mit Fachkollegen aus anderen Ländern vergleichend austauschen. Aus dem Informationsaustausch kann ein Diskurs werden, eine Zusammenarbeit und schließlich sogar ein gemeinsamer Ratschlag. Denn die Politik aller Länder ist immer wieder entscheidend auf Beratung angewiesen. Die hohe Komplexität der modernen Staatswesen macht es unmöglich, dass alle notwendigen Kenntnisse und Entscheidungsgrundlagen aus dem Regierungssystem selbst generiert werden können. Hierfür möchte ich einige wenige Beispiele anführen:

1. Fragen der *Multilateralisierung* sind beispielsweise sehr komplex und von einem Land allein gar nicht beantwortbar. Wissenschaftler können beratend darstellen, warum eine stärkere Internationalisierung von Politik wichtig ist und die Abgabe von Souveränität an regionale wie internationale Organisationen die Staatengemeinschaft stärkt und das weltweite Gewicht erhöht.
2. *Globalisierung* ruft geradezu nach einem Gedanken- und Ideenaustausch mit der Wissenschaft. Wissenschaftler können Vor- und Nachteile unabhängiger darstellen und damit der Politik helfen, die Globalisierung stärker und erfolgreicher mitzugestalten.
3. Der *Klimawandel* stellt so viele Probleme, dass eine einzelne Nation sie unmöglich allein beantworten kann – sie braucht die Fachwissenschaftler.
4. Die Entwicklung der *Zivilgesellschaft* ist ein vielfältiger Prozess, für den sich ein politikwissenschaftlicher Austausch geradezu aufdrängt.
5. *Konfliktbearbeitung und –prävention* werden für alle Regierungen immer wichtiger, und nur eine kluge Analyse und Beratung durch die Politikwissenschaft gibt die Chance, auf den Erfahrungen anderer aufzubauen und Fehler zu vermeiden.

Kürzlich bin ich im Internet auf ein Papier der ALECSO, der Arab League Educational, Cultural and Scientific Organization, also einer Unterorganisation der Arabischen Liga, gestoßen mit dem Titel „A Strategy for Joint Action with Arab, Regional and International Organizations“ aus dem Jahr 2008. Dieses Papier macht sich Gedanken über eine engere internationale Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Technologie, Berufsausbildung, Umweltschutz, Energie- und Wasserversorgung, Kultur und Kreativwirtschaft, Dialog der Kulturen, Außenkulturpolitik, Information und Kommunikation, Kulturtourismus, die Rolle der Zivilgesellschaft. Dieses Konzept habe ich mit

größtem Interesse studiert und vieles als auch für unsere Wissensraum-Idee brauchbar gefunden. Es ist ja nicht so, dass wir die Welt völlig „neu erfinden“ müssen in unserer Arbeit. Wir stehen in einem internationalen Umfeld, das wir auf jeden Fall mit berücksichtigen und wo möglich mit einbeziehen müssen.

Bezogen auf die nationale und internationale Politik zum Raum Europa-Mittelmeer hat die Politikwissenschaft viele Chancen der beratenden Mitgestaltung. Sie kann beispielsweise analysieren und beraten, wie eine Werte- und Sicherheitsgemeinschaft zwischen Europa und dem Mittelmeerraum mit intensiver wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit verknüpft werden könnte. Sie kann die Entstehung und den Ausbau einer **Union für das Mittelmeer** wissenschaftlich begleiten und beraten und gerade auch zu den ins Auge gefassten Projektthemen der Union wie Umweltschutz, Verkehrsinfrastruktur, Katastrophenschutz, Energiewirtschaft, Bildungssysteme sehr viel Know-how beitragen. Die Chancen einer Union für das Mittelmeer für Frieden und künftige Prosperität einer ganzen großen geografischen Region sind offensichtlich und für Politikwissenschaftler und Universitäten wie Think Tanks eine echte Herausforderung.

Ich könnte mir deshalb sehr gut eine **Arbeitsgruppe „Politikwissenschaft und Mittelmeer“** vorstellen, die Politikwissenschaftler aus den Anrainerstaaten des Mittelmeers regelmäßig zusammenführt und mit einem umfangreichen Austausch von Informationen und Forschungsergebnissen sowie Denkansätzen beginnt, dann vielleicht zu eigenen Forschungsprojekten gelangt und daraus in einem weiteren Schritt Ratschläge formuliert. Die Gruppe muss vollständig frei sein, sich ihre Themen selbst auszusuchen und sich auf den Umfang des gegenseitigen Interesses und der gemeinsamen Befassung zu verständigen. Sie sollte zu Beginn in einem Workshop ein intensives Brainstorming mit einem persönlichen Kennenlernen verbinden, im Anschluss daran über E-Mail und das Internet weiterarbeiten und in einem dritten Schritt – vielleicht dann konkretisiert auf ganz bestimmte, gemeinsam festgelegte Themen – abwechselnd in einem Land südlich oder östlich des Mittelmeers bzw. in einem Land der EU tagen. Wichtig ist, dass ein Geist des Verstehens und gemeinsamen Suchens in gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Neugier entwickelt werden. Dies würde der Grundidee des Forums Wissensraum Europa – Mittelmeer am ehesten entsprechen.

*Tübingen, Oktober 2010*